

Diskussionspapier

Forschungsgruppe
Naher/Mittlerer Osten und Afrika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Stefan Mair

Partnerschaft mit Afrika

Diskussionspapier der FG 6, 2005/04
November 2005
Berlin

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die anderswo veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Inhalt

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Einführung 3

Partnerschaft der Asymmetrien 3

Einseitige Partnerschaft 4

Fortschritte 5

Zukunft der Partnerschaft 6

Einführung

Anfang November 2005 hat Bundespräsident Köhler seine Initiative Partnerschaft mit Afrika gestartet. Auftakt bildete eine Konferenz, bei der 34 Afrikaner und Deutsche aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien zusammentrafen, um den konzeptionellen Gehalt und die praktische Bedeutung der Partnerschaft zwischen Afrika und Deutschland (bzw. Europa) zu diskutieren. Die Dringlichkeit und Relevanz dieser Initiative erschließt sich nicht auf Anhieb. Hat doch schon vor 30 Jahren die Europäische Gemeinschaft versucht, eine Partnerschaft mit Afrika zu begründen. Im Rahmen des sogenannten ersten Lomé-Abkommens vereinbarte die Europäische Gemeinschaft mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik einseitige Handelspräferenzen und entwicklungspolitische Kooperation, die auf den partnerschaftlichen Prinzipien von Gleichheit, Achtung der Souveränität, wechselseitige Interessen und Interdependenz fußen sollten. Diese Prinzipien wurden 25 Jahr später im Rahmen des Cotonou-Abkommens bekräftigt, gleichzeitig fünf Pfeiler der Partnerschaft benannt: ein umfassender politischer Rahmen, ein partizipatorischer Ansatz, eine verstärkte Konzentration auf Armutsreduzierung, wirtschaftliche und Handelskooperation und die Reform der Finanzkooperation.

Ebenfalls im Jahr 2000 hoben die Vereinten Nationen im Rahmen der Millenniumserklärung die Bedeutung der Entwicklungspartnerschaft zwischen Nord und Süd mit besonderem Augenmerk auf Afrika hervor. Ein Jahr später verständigten sich die Staaten Afrikas untereinander auf eine Neue Partnerschaft für afrikanische Entwicklung (New Partnership for Africa's Development – NEPAD) und unterbreiteten später den G8-Staaten auf dessen Basis ein Kooperationsabkommen, das diese wiederum bereitwillig aufgriffen. Es folgten im Jahr 2005 die Pariser Declaration on Aid Effectiveness und der Bericht der von Tony Blair eingesetzten Commission for Africa, die beide ebenfalls dem Prinzip der Partnerschaft großes Gewicht einräumen. All diese klugen und zum Teil sehr ausgefeilten Abkommen, Erklärungen, Konzepte und Strategien sollten doch – so möchte man meinen – ausreichen, um eine Partnerschaft zwischen Afrika und Europa zu definieren und etablieren. Und dennoch kam es auf Schloß Petersberg zu einer intensiven Diskussion über dieses Partnerschaftsverhältnis, die mit dem Befund endete: Von einer wirklichen Partnerschaft könne beim Verhältnis Afrika-Europa noch

keine Rede sein. Dieses Mißverhältnis zwischen Partnerschaftsrhetorik und empirischen Befund ist erklärungsbedürftig.

Partnerschaft der Asymmetrien

Blickt man auf die bisherigen Anstrengungen zurück, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Europa und Afrika zu definieren, sind zwei Merkmale augenfällig: das ungleiche Gewicht der Partner und eine sehr einseitige Definition der Partnerschaft. Partnerschaft zwischen Afrika und Europa wurde seit jeher vor allem über jene beiden Bereiche definiert, in denen das Machtverhältnis zwischen den Kontinenten extrem asymmetrisch ist: über die Entwicklungszusammenarbeit und den Handel. Bei allen Anstrengungen in der Entwicklungspolitik, die Bedeutung von afrikanischer "ownership" und einem Verhältnis auf gleicher Augenhöhe hervorzuheben, ist doch eine Tatsache unveränderlich: Europa ist der Geber von Entwicklungshilfe, Afrika der Nehmer. Europäische Regierungen wenden Steuergelder ihrer Bürger auf, um afrikanischen Regierungen unter die Arme zu greifen und können sich dabei gar nicht mal sicher sein, daß diese Gelder korrekt und erfolgreich verwendet werden.

Um der hieraus resultierenden Kritik vorzubauen, war die Vergabe von Entwicklungshilfe stets an Bedingungen geknüpft. In Zeiten des Ost-West-Konflikts war die dominante Kondition die Loyalität des Empfängers zum westlichen Lager, seit 1990 konzentrierte sich die Konditionierung von Entwicklungshilfe auf die Kriterien gute Regierungsführung, Demokratie, Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung. Diese sogenannte politische Konditionalität ergänzte die wirtschaftliche Konditionalität, die die internationalen Finanzorganisationen im Laufe der 80er Jahre definiert hatten: Reduzierung der Staatsverschuldung, wirtschaftliche Deregulierung, makroökonomische Strukturanpassung.

Spät, genauer: mit dem Cotonou-Abkommen im Jahr 2000, sprang auch die EU auf diesen Zug auf. Bis dahin gab es für die EU kaum die Möglichkeit, Entwicklungshilfe an ein Land trotz schwerer Verstöße gegen politische Normen auszusetzen. Eine solche Vorgehensweise hätte klar gegen die partnerschaftlichen Prinzipien des Lomé-Prozesses verstoßen. Artikel 96 des neuen Cotonou-Abkommens schuf hier Abhilfe, indem er den Vertragspartnern das Recht einräumte bei Verstößen gegen die Menschenrechte, demokrati-

sche Normen und Rechtsstaatlichkeit angemessen, einseitige Maßnahmen zu ergreifen. Die Vergabe von Entwicklungshilfe an die Einhaltung politischer Normen zu binden, war sicherlich eine richtige Konsequenz aus dem massiven Mißbrauch dieser Gelder vor 1990. Im Partnerschaftsverhältnis zwischen Geber und Nehmer, zwischen Europa und Afrika verstärkte es die bestehende Asymmetrie. Wie – so ist zu fragen – kann ein partnerschaftliches Verhältnis mit Leben gefüllt werden, wenn nur die eine Seite das Geld gibt, nur die eine Seite Bedingungen stellt? Der jüngst von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag für einen EU-Afrikastrategie ist in dieser Hinsicht erstaunlich deutlich. Unter dem Abschnitt Partnerschaft heißt es hier: "The EU is not only a donor of development aid but also a political and commercial partner." Betont wird also die Rolle des Gebers in der Entwicklungskooperation, die Rolle des Partners ist für die Zusammenarbeit in politische und kommerziellen Fragen vorgesehen.

Allerdings ist auch im Handel das Verhältnis zwischen EU und Afrika kaum weniger asymmetrisch als in der Entwicklungskooperation. Die EU ist für die meisten Länder Afrikas der mit Abstand wichtigste Handelspartner, der Anteil Afrikas an den Ein- und Ausfuhren der EU-Mitgliedsstaaten bewegt sich dagegen seit Jahrzehnten relativ konstant bei 2 Prozent. Während also die EU als Handelspartner für Afrika von fast überlebenswichtiger Bedeutung ist, würde ein Ausfall Afrikas für die EU kaum ins Gewicht fallen. Diese Schieflage drückt sich auch in der Handelspolitik aus. Der Fall der Agrarsubventionen der EU, die ein großes Problem für afrikanische Wettbewerber sind, ist deutlicher Ausdruck dieser Schieflage, allerdings für das Partnerschaftsverhältnis zu Afrika nur eine intervenierende Variable. Die EU hat bisher nicht das Angebot formuliert, diesen Problemfall der Handelsbeziehungen mit Afrika partnerschaftlich zu lösen. Anders ist der Fall bei den Handelsregimen innerhalb des EU-AKP-Abkommens gelagert.

Bisher konnte es sich die EU leisten, den afrikanischen Staaten im Rahmen des Lomé-Prozesses einseitige Handelspräferenzen einzuräumen. Das WTO-Abkommen zwingt die EU nun, einseitige Handelspräferenzen, die den wenigen, relativ entwickelten afrikanischen Staaten gewährt werden, auch Staaten der gleichen Entwicklungsstufe in anderen Weltregionen anzubieten. Während die EU die Konkurrenz aus Staaten wie Kenia und Ghana für die heimische Produktion kaum fürchtet, ist für sie eine Ausdehnung dieser Präferenzen auf Länder wie Vietnam, Malaysia und Philippinen in bestimmten Marktsegmenten eine

nicht akzeptable Konsequenz. Die Folge daraus ist, daß die EU nun Economic Partnership (sic!) Agreements mit vier Gruppen von afrikanischen Staaten aushandelt, von denen zwei zu bestehenden afrikanischen Regionalorganisationen querschneiden. Den betroffenen Organisationen – die SADC im südlichen Afrika und die EAC im östlichen – wird dadurch die Schaffung regionaler Wirtschaftsräume wesentlich erschwert. Das bedeutet: Um unangenehme Konsequenzen der Handelspartnerschaft mit Afrika außerhalb Afrikas zu vermeiden, zwingt die EU afrikanischen Staaten Partnerschaftsabkommen auf, die fundamental gegen die erklärten Zielsetzungen dieser Partner verstoßen. Wäre das Verhältnis zwischen EU und Afrika im Handel miteinander nicht so asymmetrisch, wäre ein solches Vorgehen kaum möglich.

Asymmetrien per se machen Partnerschaften nicht unmöglich. Die Geschäftswelt kennt die Figuren des Junior- und des Seniorpartners. Auch in dieser Partnerschaft sind die Gewichte sehr ungleich verteilt. Aber ist es tatsächlich eine derartige Partnerschaft, die die EU im Verhältnis zu Afrika anstrebt? Glaubt man den entsprechenden Dokumenten und Reden, die sich stets auf eine gleichberechtigte Partnerschaft beziehen, muß man das ausschließen. Vielleicht wäre es sogar besser, davon abzusehen, und statt dessen tatsächlich ein Senior-Juniorpartner-Verhältnis ins Auge zu fassen?

Einseitige Partnerschaft

Wenn man dies jedoch anstrebt, dann ist eines unerläßlich: der Nutzen des Seniorpartners aus dieser Partnerschaft muß klar erkennbar sein. Dies ist im Verhältnis EU-Afrika bisher nicht der Fall. Im Gegenteil: Das Verständnis dieser Partnerschaft – oder zumindest das öffentlich propagierte – ist fast durchgängig: die EU geht diese Partnerschaft mit Afrika ein, um für Afrika etwas zu erreichen. Es handelt sich also weniger um eine Partnerschaft mit Afrika, als um eine Partnerschaft für Afrika. Der Titel der von Tony Blair eingesetzten Kommission zur Neudefinition des Verhältnisses zwischen industrialisierten Norden und Afrika spiegelt dies deutlich wider: Commission for Africa. Diese sehr einseitige Definition der Partnerschaftsbeziehung ist das zweite Merkmal, das deren Funktionieren so schwer macht.

Im Falle des Senior-Juniorpartner-Verhältnisses in der Geschäftswelt ist der wechselseitige Nutzen klar bestimmt: der Seniorpartner bringt sein Geld und

seine Kontakte ein, der Juniorpartner seine Arbeitskraft. Der Gewinn aus diesen partnerschaftlichen Anstrengungen wird auf beide Parteien sehr ungleich verteilt, nämlich zu Lasten des Juniorpartners. Beim Seniorpartner EU und beim Juniorpartner Afrika ist es anders: Der Seniorpartner stellt sein Geld zur Verfügung, kann sich noch nicht einmal sicher sein, daß es sachgerecht verwendet wird und der einzige Nutzen, den er daraus zieht, ist, daß es dem Juniorpartner irgendwann mal besser geht. Eine solche Partnerschaft scheint kaum belastbar zu sein. Sicherlich wäre die Welt eine Bessere, wenn Afrika entwickelt wäre, würde die europäische Wirtschaft profitieren, wenn afrikanische Märkte aufnahmefähig wären. Doch dieser Nutzen ist für den Seniorpartner sehr abstrakt, die Kosten unmittelbar und offensichtlich – vor allem, wenn man in der Rolle des Seniorpartners den europäischen Steuerzahler sieht, der unter dem Eindruck wachsender Haushaltsdefizite steht und der nicht wirklich erkennen kann, daß Entwicklungshilfe und einseitige Handelspräferenzen die Lage des Juniorpartners eindeutig verbessert hätten.

Zu Zeiten des Kalten Krieges war dies anders: Hier war der Nutzen klar erkennbar. Der Juniorpartner brachte im Rahmen der Entwicklungskooperation einen politischen Vermögenswert ein: Loyalität zum westlichen Lager oder zumindest Nicht-Anschluß an das östliche Lager. Auch im Handelsbereich hatte die ungleiche Partnerschaft zwischen EU und Afrika für erstere klare Vorteile: Groß war zeitweilig die Sorge um den ungehinderten Zugang zu strategischen Rohstoffen zu kalkulierbaren Preisen, die damals außerhalb Afrikas nur im Machtbereich der Sowjetunion in nennenswerten Mengen zu finden waren. Nicht umsonst spielten Rohstoffe und ein System zur Stabilisierung ihrer Preise im Lomé-Prozeß eine zentrale Rolle. Gegenwärtig deutet sich zwar eine Wiederbelebung der Diskussion über den Zugang zu knappen strategischen Ressourcen an. Mit Ausnahme der wenigen afrikanischen Staaten mit Ölvorkommen wird sie aber in absehbarer Zeit kaum zum Bestimmungsfaktor des Verhältnisses zwischen Europa und Afrika werden.

Einer rein nutzenorientierten Sicht der Partnerschaft wird häufig entgegengehalten, es gäbe doch auch so etwas wie Verantwortung und Solidarität als konstituierende Elemente einer Beziehung. Eine historische Verantwortung Europas für die Folgen von Sklavenhandel und Kolonialismus und eine ethische für Entwicklung und Armutsbekämpfung in Afrika ist sicherlich vorhanden. Aber läßt sich auf historischer Schuld eine Partnerschaft aufbauen? Verträgt es die

Würde eines Partners, wenn der andere Partner mit ihm nur über seine Armut und Unterentwicklung reden will? Im Falle der internationalen Solidarität stellt sich die Frage, wie belastbar sie im Zeitalter überschuldeter Staatshaushalte und globaler Konkurrenz um Investitionsbedingungen wirklich ist. Schon im nationalen Rahmen war in den vergangenen Jahren zu beobachten, daß der Appell an die Solidarität der Starken mit den Schwachen kaum noch ausreicht, um Mittel zu mobilisieren, die Schwachen aber immer mehr in die Verantwortung genommen werden, sich selbst aus ihrer Malaise zu befreien. Eine Umkehr dieses Trends ist nicht absehbar, noch weniger ist erkennbar, daß die Verpflichtung zur Solidarität jenseits von wohlfeiler Rhetorik und schön zu lesender Communiqués auf internationaler Ebene verbindlichen Charakter entwickelt.

Fortschritte

Zweifellos gibt es auch im bestehenden Kontext des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen EU und Afrika – wenn man es so nennen kann – Fortschritte. Dazu gehört an erster Stelle der durch NEPAD ausgelöste Prozeß der Abstimmung zwischen Afrika und den G8-Staaten. Drei positive Elemente sind dabei festzuhalten: NEPAD definiert sich, erstens, vor allem als Partnerschaft der Afrikaner untereinander, um den Kontinent zu entwickeln. Damit erhält hier das Prinzip "Partnerschaft für..." den richtigen Rahmen. Auf dieser innerafrikanischen, sicherlich nicht perfekt funktionierenden Partnerschaft wurde erst dann den G8-Staaten ein Kooperationsangebot unterbreitet. Zweitens mildert NEPAD die Belastung der europäischen Beziehungen, die durch die politische Konditionalität in der Entwicklungskooperation entstanden ist. Im Rahmen des sogenannten African Peer Review Mechanism machen sich die 23 afrikanischen Staaten, die sich auf diesen Mechanismus bisher eingelassen haben, die wesentlichen Kriterien der Konditionalität zu eigen und zum Maßstab der eigenen Leistungsbilanz. Drittens hat der Dialog zwischen NEPAD-Staaten und G8 die Kooperation um eine zentrale Dimension erweitert, in der die Asymmetrien nicht ganz so ausgeprägt sind wie bei Entwicklung und Handel, nämlich Frieden und Sicherheit. Dazu später mehr.

Auch auf Seiten Europas sind bei der Ausgestaltung der Beziehungen mit Afrika Fortschritte zu verzeichnen. Das gilt vor allem für die bereits zitierte Vorlage

der EU-Kommission für eine EU-Afrikastrategie. Sie ist im Duktus nüchterner als vergleichbare Dokumente – siehe dazu auch das Zitat weiter oben –, versucht europäische Interessen in Afrika zu benennen und eine Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Vor allem stellt sie die Partnerschaft zwischen Afrika und Europa in einen breiteren Rahmen, betont dabei insbesondere die Aspekte Frieden und Sicherheit und spricht gar von einem Euro-Afrikapakt, ohne dessen Gestalt und Inhalt allerdings weiter auszuführen. Damit sind bereits zwei Hinweise darauf gegeben, was nötig ist, um den Partnerschaftscharakter der Beziehungen zwischen EU und Afrika zu verstärken: den Nutzen, den die EU aus ihnen zieht, deutlicher zu machen und mehr Gewicht auf Gebiete zu legen, in denen die Asymmetrien in milderer Form auftreten als bei der Entwicklungskooperation und im Handel.

Zukunft der Partnerschaft

Eine klare Benennung des Nutzens für die EU setzt eine Definition von Interessen voraus. Dies geschieht durchaus auf nationalstaatlicher Ebene, in Dokumenten der Union wird sie allerdings zu häufig durch einen Appell an die gemeinsamen Interessen von Europa und Afrika ersetzt. Hier schlägt sich nicht nur die in Afrikastrategien durchgängig zu beobachtende Rhetorik des Altruismus nieder. Die Betonung gemeinsamer interkontinentaler Interessen ist sicherlich auch der Versuch, das mühsame Geschäft des Ausgleichs nationalstaatlicher Interessen innerhalb der EU zu vermeiden. Insbesondere die kleineren europäischen Staaten und jene Großen, für die Afrika kein prioritäres Feld außenpolitischer Betätigung ist, scheinen eines zu befürchten: daß eine Benennung der Interessen der EU als Ganzes in Afrika jene begünstigt, die sie bisher immer für sich formuliert haben: Frankreich und Großbritannien. Nimmt die EU allerdings ihre Aufgabe der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ernst, führt kein Weg an der Definition und dem Ausgleich nationalstaatlicher Interessen der Mitgliedsländer vorbei.

Den Nutzen der Partnerschaft für Europa zu verdeutlichen ist allerdings nicht nur eine Aufgabe für die EU, sondern auch eine für die Staaten Afrikas. Sie müssen im Dialog mit der EU darlegen, welchen Beitrag sie für die Partnerschaft erbringen – und das ist eben nicht gleichbedeutend mit ihrem Beitrag zur Entwicklung Afrikas. Zwei Bereiche bieten sich hierfür an, die auch beide geeignet sind, einen breiteren

Rahmen für die Partnerschaft zu definieren, der bestehenden Asymmetrien abschwächt: Frieden und Sicherheit sowie Gestaltung der Globalisierung.

Die EU hat ein manifestes Interesse an der Beendigung der Gewaltkonflikte in Afrika und der Stabilisierung des Kontinents – weniger, weil sich diese Konflikte indirekt in großen Migrationsströmen niederschlagen. Selbst wenn in Afrika Frieden und Sicherheit einstmals hergestellt sind, wird über weitere Jahrzehnte hinweg ein deutliches Entwicklungsgefälle herrschen, das ausreichend starke Migrationsanreize setzt. Damit wird sich die EU arrangieren müssen. Die zentrale, allerdings wenig greifbare Gefahr, die Afrika für die Sicherheit Europas entwickeln könnte, ist ein Ausgreifen der in weiten Teilen Afrikas herrschenden Konflikte über die Grenzen des Kontinents hinaus. An den Großen Seen Afrikas, in Teilen Westafrikas und des Horns von Afrika hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein Amalgam aus sozialer Verelendung, Werteverfall, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, Rechtlosigkeit, politischer Unordnung und exzessiver Gewaltanwendung herausgebildet, das in vielem der Entwicklung in Afghanistan in den 90er Jahren ähnelt. Hier soll nicht das Heraufdämmern eines afrikanischen internationalen Terrorismus prophezeit werden. Aber kann Europa wirklich erwarten, daß sich die Effekte afrikanischer Anomie wirklich auf die Region selbst beschränken lassen? Europa sollte ein zentrales Interesse an der Stabilisierung des Kontinents haben.

Bei der Gestaltung der Globalisierung – u.a. über internationale Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Klima- und Sicherheitspolitik – ist eine Tatsache unübersehbar: Afrika besitzt aufgrund der schieren Menge seiner Staaten – über 50 – großes Gewicht in all jenen multilateralen Institutionen, in denen das Prinzip one country, one vote herrscht. Dieses Gewicht erschloß sich in jüngster Zeit auch einer etwas breiteren Öffentlichkeit: Afrikanische Staaten spielten eine gewichtige Rolle beim vorläufigen Scheitern der Doha-Runde zur weiteren Liberalisierung des Welthandels in Cancun. Und die Positionierung der Afrikanischen Union war entscheidend dafür, daß die Staaten, die sich in den vergangenen Monaten vehement um eine Erweiterung des VN-Sicherheitsrats bemühten, ihre Anstrengungen einstweilen zurückstellten. An beiden Fällen wurde aber auch deutlich, daß Afrika bisher sein Gewicht in multilateralen Institutionen und bei der Gestaltung der Globalisierung vor allem dazu nutzt, um Prozesse, die seinen Interessen zuwiderlaufen, zu be- oder verhindern, kaum aber, um diese

aktiv voranzutreiben.

Dies führt zu der Frage, wie sehr sich denn Afrika eignet, in Sachen Stabilisierung und Gestaltung der Globalisierung ein wichtiger Partner Europas zu werden. Die Bilanz fällt in beiden Bereichen unterschiedlich aus. Bei der Stabilisierung ist durchaus zu konstatieren, daß Afrika in Vorleistung getreten ist. Die AU und die afrikanischen Regionalorganisationen haben in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihrer Verantwortung für Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent gerecht zu werden – Anstrengungen, die auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit afrikanischer Staaten in diesem Bereich deutlich gemacht haben. Trotz Intervention der Briten in Sierra Leone und der Franzosen in der Elfenbeinküste, trotz der nicht unwesentlichen Finanzmittel, die die EU im Rahmen der African Peace Facility zur Unterstützung dieser Anstrengungen bereitgestellt haben, bleibt hier für Europa noch viel zu tun: bei der Beteiligung an diplomatischen Anstrengungen zur Konfliktbeilegung sowie bei der Entsendung von militärischen und zivilen Kräften für friedensunterstützende Maßnahmen.

Bei der Gestaltung von Globalisierung besteht der Nachholbedarf eher auf afrikanischer Seite. Hier müssen Kapazitäten für die Definition afrikanischer Positionen entwickelt werden, der Prozeß der Entscheidungsfindung muß transparenter, die Vertretung der Positionen in internationalen Gremien und Verhandlungen berechenbarer und verlässlicher werden. Ein weiterer Entwicklungsschritt in der Partnerschaft wäre die Abstimmung solcher Positionen zwischen EU und Afrika, bevor sie international vorgetragen werden.

Eine stärkere Betonung von Stabilisierungsaufgaben und der gemeinsamen Gestaltung von Globalisierung im Rahmen der europäisch-afrikanischen Partnerschaft würde sicherlich nicht dazu führen, daß die Partnerbeziehung zwischen beiden Kontinenten völlig ausgewogen wäre – wie dies ja z.B. in der Partnerschaft USA-Europa auch nicht der Fall ist. Sie würde aber Afrika zumindest zu einem unverzichtbaren Partner Europas machen. Wenn es der Initiative des Bundespräsidenten gelingt, sowohl die Repräsentanten Europas als auch die Afrikas für ein breiteres Verständnis der europäischen Partnerschaft mit und nicht für Afrika zu sensibilisieren, wäre mit ihr schon einiges gewonnen.